

Mittwoch, den 3. September 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 25 Pf.

Streife Presse

Zustigungsrecht: Die Zeitung erscheint wöchentlich montags, donnerstag und sonnabend. Die Zeitung ist eine wöchentliche Zeitung aus Polen. — Die Zeitung erscheint wöchentlich 1 Mal in Warschau, monatlich 6 — Wochentagszeitung aus Polen. — Die Zeitung erscheint wöchentlich 1 Mal in Warschau, monatlich 6 — Wochentagszeitung aus Polen.

Zustigungsrecht: Die Zeitung erscheint wöchentlich montags, donnerstag und sonnabend. Die Zeitung ist eine wöchentliche Zeitung aus Polen. — Die Zeitung erscheint wöchentlich 1 Mal in Warschau, monatlich 6 — Wochentagszeitung aus Polen.

Nr. 232

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Polnisch-deutsche Verständigung.

In unserer Nr. 226 vom 28. v. Mz. brachten wir eine Nachricht der Amtlichen Polnischen Telegraphenagentur über private Bestrebungen zur Herbeiführung einer Annäherung zwischen Polen und Deutschland. Unsere aufmerksamen Leser werden sich dabei vermutlich einer früheren Mitteilung von uns in Nr. 125 vom 18. Mai d. J. erinnern. Soweit es nicht der Fall sein sollte, raten wir ihnen, dort noch einmal nachzuschlagen.

Schon damals haben wir nämlich von den Bestrebungen berichtet, von denen jetzt auch das Amtliche Telegraphenbüro Notiz nimmt. Von einem Mitglied der in den beiden Notizen erwähnten Verständigungsgruppe erhalten wir nähere Auskünfte über Zweck und Ziel und die bisherige Tätigkeit der polnisch-deutschen Mittelstelle. Wegen der Ursachen und des zeitlichen Beginnes ihrer Tätigkeit verweisen wir auf unsere oben erwähnte Mitteilung vom 18. Mai d. J. In jener Zeit erlaubte die polnisch-deutsche Spannung ein öffentliches Hervortreten der Männer, die sich zu gemeinsamer Arbeit am Wohle beider Völker zugetan hatten, nicht. Da es sich dabei jedoch zum erheblichen Teil um Persönlichkeiten handelte, die sowohl im polnischen als auch im deutschen Lager nicht ohne persönliche Einflüsse waren, einige man sich dahin, zunächst ohne öffentliche Konstituierung eine private Tätigkeit im Sinne des gesuchten Ziels zu entwickeln. So wurden insbesondere im preußischen Ministerium des Innern und im preußischen Kriegsministerium Vorstellungen wegen Freilassung der in deutschen Gefangenlagern internierten Polen erhoben, ebenso wie andererseits beim obersten polnischen Volksrat in Posen gleichartige Bestrebungen wegen der internierten Deutschen entfaltet wurden. In mehrwöchigen Zwischenräumen traten die Beteiligten dann zu Sitzungen zusammen und besprachen fortlaufend die beide Völker interessierenden Punkte, sowie den Erfolg der eingeleiteten Schritte. Sowohl im preußischen wie im polnischen Lager war, wenn auch nicht ein voller Erfolg, so doch immerhin die Herbeiführung einer Besserung des Loses der Betroffenen die Folge der Bemühungen.

Der fortwährende Gedankenaustausch zwischen den polnischen und deutschen Vertretern ergab völliges Einstimmen über die Grundlage der gemeinsamen Arbeit. Diese verzichtete von vornherein auf politische Betätigung, wenn auch das Ziel Beseitigung der politischen Spannung sein sollte. Die Arbeit wurde auf das kulturelle und auf das wirtschaftliche Gebiet verlegt und gipfelte in der Formel: „Nicht bloß Verständigung, sondern Verständnis.“ Man ging dabei auch davon aus, daß insbesondere wirtschaftlich Polen und Deutschland als Nachbarn Schulter an Schulter in erheblichem Maße auf einander angewiesen seien würden. Es gibt eine Menge von Bedarfsartikeln (erinnert sei nur an Kunstdünger, Chemikalien, Farben, Apothekermaterial, Feinmechanik und optische Instrumente), die Polen auf keinem anderen Lande, wenigstens aus seinem anderen Lande so gut und preiswert beziehen kann, wie aus Deutschland. Andererseits ist das seiner wesentlichsten Kornkammer beraubte neue Deutschland in erster Linie auf den Lebensmittelüberschuß des in dieser Beziehung reich gesetzten polnischen Landes angewiesen. Solche natürlichen Brüder führen zu gemeinsamer Arbeit, wenn nicht allzu schwerwiegende Hindernisse sie sperren. Solche, wirklicher oder eingebildeter Art, sind aber vorhanden. Sie zu beseitigen ist die wesentliche Aufgabe der neuen Verständigungsgruppe. Dazu ist Herbeiführung des Verständnisses der beiderseitigen, in vielen Punkten grundverschiedenen Kultur unbedingt notwendig. Der Deutsche muß bis zu einem bestimmten Umfang polnisch, der Pole umgekehrt in dem gleichen Verhältnis deutsch fühlen und denken lernen. Der Austausch der Produkte der geistigen Führer beider Völker auf allen Gebieten der Kunst und des täglichen Lebens wird diesen Zweck herbeiführen.

In jeder anderen Hinsicht tritt der Vertrag für jede Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.

Die französische Regierung wird allen Signatur-Mächten eine beglaubigte Abschrift der einzelnen Protokolle über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden übermitteln.

Als vor wenigen Wochen polnische und deutsche Unterhändler sich in Berlin gemeinsam an-

den grünen Tisch zum Zwecke der Verhandlung setzten, schien der Zeitpunkt gekommen, an dem die Männer, die bisher in stiller Arbeit obigen Zwecken gedient hatten, an die Öffentlichkeit treten sollten. Die letzten Vorbereitungen dazu wurden in einer Sitzung Anfang August getroffen. Leider hat die durch die obergeschichtlichen Ereignisse herbeigeführte Spannung wiederum lähmend auf die Tätigkeit der Mittelstelle gewirkt. Jedoch ist diese S stagnation hoffentlich nur vorübergehend und wird bald beseitigt sein. Ein Anderes wäre umso bedauerlicher, als gerade in den letzten Wochen auch in den Warschauer Regierungskreisen Fühlung wegen der Tätigkeit der Mittelstelle genommen war. Die darin tätigen Männer sind, wie bereits erwähnt, bei beiden Regierungen nicht ohne Einfluss.

So bietet sich denn für das sicher erreichbare Ziel, das sich trotz aller widerstreitenden Gründe die Beteiligten gestellt haben, die beste Aussicht. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß es den Regierungen häufig erwünscht sein muß, einen privaten Kanal zu besitzen, durch den Meinungen hinüber und herüber geleitet werden können. Denn oft gibt es im diplomatischen Verkehr Kleinigkeiten, die, auf den Weg der offiziellen Diplomatie geleitet, verzerrt und stören würden, die aber, durch private Hand geschickt vermittelt, alle Schärfe verlieren. Auch auf diesem Gebiete liegt für die Zukunft ein weites Tätigkeitsfeld dieser privaten Vereinigung. Sie erscheint uns besonders in der gegenwärtigen Zeit der Spannung als ein phantastisches Gebilde. Darum müssen wir der Meldung der Polnischen Telegraphenagentur, die von einem „Traum polnisch-deutscher Annäherung“ spricht, recht geben. Es stecken aber doch wichtige und lebensfähige Momente in dem entwickelten Gedanken. Daß diese sich durchdringen und Wohle beider Nationen, das ist unsere Hoffnung und unser Wunsch. —dt.—

Ist der Friedensvertrag schon in Kraft getreten?

Über diese Frage schreibt das „Nachrichtenblatt des Deutschen Volksrats Polens“ in der neuesten Nummer (13): Es herrscht Ungewissheit darüber, ob der Friedensvertrag bereits in Kraft getreten ist, nachdem er einmal von dem Deutschen Reich und der Republik Polen angenommen und ratifiziert worden ist. Sich hierüber Klarheit zu verschaffen, ist für jeden Einzelnen von uns nicht nur von theoretischer, sondern auch von großer praktischer Bedeutung, da die Beantwortung dieser Frage zugleich eine Klärung unseres gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnisses herbeiführt.

Über den Zeitpunkt seines Inkrafttretens enthält der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Verbundsmächten nach dem amtlichen Text des Verbandes und der amtlichen deutschen Übersetzung am Schlusse (nach Artikel 440) folgende Bestimmungen:

„Der gegenwärtige Vertrag, dessen französischer und englischer Text beide maßgebend sind, soll ratifiziert werden.

Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden soll sobald wie möglich in Paris erfolgen“.

Den Mächten mit Regierungssitz außerhalb Europas steht es frei, sich auf die Mitteilung an die Regierung des französischen Kaiserstaats durch ihren diplomatischen Vertreter in Paris zu beschränken, daß ihre Ratifikation erteilt ist. In diesem Falle sollen sie die Ratifikationsurkunde darüber so schnell wie möglich übermitteln.

Ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden wird errichtet, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten anderseits ratifiziert ist.

Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den Hohen vertragsschließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Fristen.

In jeder anderen Hinsicht tritt der Vertrag

für jedes Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifi-

cationsurkunde in Kraft.

Die französische Regierung wird allen Sig-

natur-Mächten eine beglaubigte Abschrift der einzelnen Protokolle über die Niederlegung der Ra-

tifikationsurkunden übermitteln.“

Als vor wenigen Wochen polnische und deut-

sche Unterhändler sich in Berlin gemeinsam an-

Hier nach ist das Inkrafttreten des Friedensvertrages gegenüber den verschiedenen Mächten, welche den Vertrag geschlossen haben, davon abhängig, daß der Friedensvertrag ratifiziert, daß die Ratifikationsurkunde in Paris niedergelegt und daß schließlich über die Niederlegung ein Protokoll angefertigt wird. Diese grundsätzlichen Vorschriften erfahren eine Modifikation erheblicher Art durch die weitere Bestimmung, daß ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden erst errichtet werden kann, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits ratifiziert ist. Die Mächte, welche die Einleitung zum Friedensvertrage als Hauptmächte bezeichnen, sind die Vereinigten Staaten von Amerika, das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan. Hier nach kann der Friedensvertrag anderen vertragsschließenden Mächten gegenüber erst in Kraft treten, wenn er Deutschland und drei von diesen feindlichen Hauptmächten gegenüber bereits in Kraft getreten ist. Dieser Zeitpunkt ist aber noch nicht eingetreten; es ist vielmehr mit Sicherheit damit zu rechnen, daß sich die Voraussetzung dafür, die vertragsmäßige Ratifizierung durch drei feindliche Hauptmächte, nicht vor Oktober erfüllen wird.

Erst dann werden alle Rechte und Pflichten, welche den einzelnen vertragsschließenden Teilen aus dem Vertrag erwachsen, rechtswirksam und rechtsverbindlich. Bis dahin erfährt der bisher staats- und völkerrechtlich bestehende Zustand keine Änderung. Das heißt also, daß staatsrechtlich die Provinz Polen auch heute noch ein Bestandteil des Deutschen Reiches und Preußens ist, wenn auch, wie wir alle wissen und womit wir uns abgesunden haben, kräft der bestehenden Machtverhältnisse in dem besetzten Gebiet die Republik Polen tatsächlich bereits die Regierungsgewalt ausübt. Nichtsdestoweniger ist selbstverständlich der Termin, an dem auch staatsrechtlich neue Verhältnisse eintreten, von der größten Wichtigkeit.

So ist es heute noch nicht möglich, daß Recht der Option auszuüben, da die bisherige Staatsangehörigkeit noch nicht verloren und die polnische noch nicht erworben worden ist. Zu beachten ist hierbei, daß für den Beginn der zweijährigen Optionsfrist, wie für alle Fristen, nach Abschluß 5. Satz 2 der oben abgedruckten Vertragsbestimmungen die Errichtung des bereits erwähnten ersten Protokolls maßgebend ist.

Entsprechend verhält es sich mit allen anderen Rechten und Pflichten, die sich aus dem Friedensvertrage und der Staatsangehörigkeit des Einzelnen ergeben.

Ein Schreiben Hindenburgs.

Hannover, 1. September.

Aus Anlaß des fünften Jahrestages der Schlacht bei Tannenberg überreichten die hiesigen Schüler dem Feldmarschall v. Hindenburg eine Ergebenheitsadresse. In seinem Dankesrede erwiderte der Feldmarschall u. a. folgendes: „Den herzlichen Sieg bei Tannenberg verdanke ich Gott und der Haltung meiner mir ergebenen Truppen. Der Geist der bei Tannenberg kämpfenden Truppen kann nicht untergehen. Sogar in den jetzigen, für uns so traurigen Zeiten darf man den Mut nicht verlieren und sich zu Parias und Heloten unserer Feinde machen. Wir müssen das werden, was wir bei Gründung des deutschen Kaiserreichs in Versailles waren, wo ich mich unter denen befand, die als erste das Hoch auf den Kaiser ausdrachten.“

Kein Gerichtsverfahren

gegen Wilhelm II.

Wien, 1. September. (P. A. L.)

Das Wolff-Büro meldet aus Amsterdam: „Manchester Guardian“ gibt nach dem „New York World“ Einzelheiten über die Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Amerikanischen Senats vom 6. August in Gegenwart Lansings wieder. Lansing wurde über die Schantungsfrage und das Strafverfahren gegen Kaiser Wilhelm befragt. Er erklärt in betreff des ehemaligen Kaisers, die Mitglieder der amerikanischen Mission seien der Ansicht, daß ein gesetzliches Verfahren gegen Wilhelm II. nicht möglich sei. Auf die Frage, ob das Verfahren stattfinden werde, erwiderte Lansing lachend: „Das habe ich nicht gesagt.“

Die monarchistische Agitation in Österreich.

Berlin, 1. September.

Eine in der Sonnabendausgabe des „Borwärts“ gebrachte Nachricht, nach welcher die Habsburger sich von neuem um den Thron bewerben, findet in einer Nachricht des „Temps“ ihre Bestätigung. Der „Temps“ berichtet aus London, in den letzten Tagen hätten neue Beratungen mit den Habsburgern, welche sich in der Schweiz aufhalten, stattgefunden. An diesen Beratungen (in Vienne) nahmen Graf Berchtold, Fürst Windischgrätz, Prinz Lestowitsch und der Konsul Steiner teil. Es scheint, daß Windischgrätz bei der Propaganda zur Bezeichnung des Thrones durch die Habsburger eine Hauptrolle spielt. Die Monarchisten haben sich vor allen Dingen die Bildung einer Donaumöderation und die Beendigung der Balkanisierung Mitteleuropas zur Aufgabe gestellt. Es besteht eine einheitliche Ansicht über die Zurückberufung des früheren Kaisers Karl auf den Thron.

Zur Lage in Russland.

Der Ukrainische Pressedienst meldet: Der Führer der bolschewistischen Regierung in Kiew, Radowksi, widersteht sich der vom Stabe der Roten Truppen bereits angeordneten Belagerung von Kiew mit Verufung auf eine Zusage Trozkis, der namhafte Verstärkungen von der Ostfront in Aussicht stellte. Radowksi hat über Kiew den Belagerungszustand verhängt und die ganze verfügbare Artillerie zehn Kilometer südlich der Stadt versammelt. Die Einwohner Kiews werden zu Schanzarbeiten gezwungen.

Der Ukrainische Pressedienst meldet ferner: Vom Süden kommend, haben die vereinigten ukrainischen Truppen den Dnepr bei Kiew erreicht und stehen im Angesicht der Stadt. Die Eisenbahnstation Bojarka, 15 Kilometer von Kiew, ist von den ukrainischen Truppen besetzt.

Ein Sowjetbericht lautet: An der Westfront wurden nach schwerem Kampf Strugi Biely und das Wladimirski Lager besiegt. Unseren Truppen stehen nun 15 Werst westlich von Pjlow. Im Rayon von Drwinsk räumen unsere Truppen unter dem Druck des Gegners Nowo-Alexandrowsk. An der Südwestfront wurde der Gegner von Sokołow nach Rogatschem, 20 Werst südlich von Nowograd Wolinsk, zurückgedrängt. Am linken Dneprufer rücken unsere Truppen um zehn Werst vor. Siedl front: Rylsk wurde geräumt. Im Abschnitt von Kursk gingen wir zum Angriff über, unsere Truppen stehen nach schwerem Kampf 30 Werst südlich von Kursk. Kupansk wurde besiegt. Schwere Kämpfe bei Pawlowsk. An der Ostfront geht der Vormarsch weiter. Unsere Truppen stehen 100 Werst östlich des Tobols.

Paris, 1. September. (P. A. L.)

Das Ukrainische Pressedienst veröffentlichte die Nachricht, Polen habe an die Ukraine Rowno und Dubno abgetreten. Die Presseteilung der polnischen Delegation widerspricht dieser Nachricht. In Beantwortung dessen besteht das ukrainische Büro darauf, daß Dubno und Rowno tatsächlich an Bessarabia abgetreten worden seien.

Nauen, 2. September. (P. A. L.)

Dem aus Narwa zurückgekehrten General Judenitsch bereiteten die russischen Offiziere eine große Ovation, wobei sie ihm ihre Treue versicherten und ihn als den obersten Heerführer anerkannten. Die Armee Judenitschs stützt sich ausschließlich auf die Hilfe Großbritanniens. Alle in Umlauf gebrachten Meldungen, denen zufolge unter den Truppen des Generals die deutsche Orientierung herrschen soll, sind unwahr. General Judenitsch hat den Stab des Generals Balafowitsch in Abrechnung seines unsicheren Verhaltens aufgelöst und die Offiziere verhaftet.

Stockholm, 2. September. (P. A. L.)

In einer der hiesigen Druckereien wurden im Auftrage des Generals Judenitsch neue russische Banknoten in einem Gesamtbetrag von 500 Millionen Rubel hergestellt. Die Banknoten sind von dem Minister Janossov der Regierung Judenitsch unterzeichnet.

Paris, 2. September. (P. A. T.)

Die neugebildete russische nordwestliche Regierung hat einen Aufruf an das Volk erlassen, in welchem sie auf die Notwendigkeit der Fortsetzung des begonnenen Kampfes sowohl gegen die Bolschewisten als auch gegen jegliche Proben der Wiederaufrichtung der früheren Regierungen hinweist. Des weiteren heißt es in dem Aufruf, daß die gegenwärtige Regierung die Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens sowie die persönliche Freiheit verbürgt, ferner die Veranstaltung von Wahlen, die Einberufung der Nationalversammlung, sowie die Einleitung einer Aktion gegen Petersburg beabsichtigt.

Paris, 2. September. (P. A. T.)

Aus Bern wird gemeldet, daß der Bundesrat beschlossen habe, den früheren Präsidenten der Schweiz Ginod nach Petersburg mit einer außergewöhnlichen Mission zu entsenden. Ginod wird sich in Warschau vorsübergehend aufzuhalten und mit der polnischen Regierung die wirtschaftlichen und politischen Fragen, betreffend die Schweiz, besprechen.

Posen, 2. September. (P. A. T.)

Der aus Russland zurückgekehrte Prof. Abramowicz hielt einen Vortrag über die Stellung der Bolschewiken in Russland. Abramowicz führte aus, daß die russische Großindustrie vollständig stört und daß nur die Handindustrie mit sehr primitiven Mitteln aufrechterhalten wird. Einen Handelsverkehr gibt es fast gar nicht. Neulich wurden gegen die ausständigen Arbeiter der Alexandrowskischen Fabrik anlagen in Moskau Maschinengewehre gerichtet. Die Räuslichkeit der Staatsbeamten erreichte unglaublichen Umfang. In Russland gibt es keine Diktatur des Proletariats, es gibt nur eine Regierung der Partei in der Freiheit, die sich am Ruder hält mit Hilfe von Massenhinrichtungen.

Paris, 2. September. (P. A. T.)

Die Agentur Havas meldet, daß die Konzentration von 350.000 Manufakturen in der Richtung Moskau begonnen hat. Diese Arme soll die bolschewistische Regierung stützen.

Sotales.

Lodz, den 3. September.

Das deutsche Kind

gehört in die deutsche Schule. Deutsche Bildung, deutsche Wissenschaft haben die Bewunderung der gesamten Kulturwelt erregt. An deutschen Bildungsstätten haben die Besten aller Völker gelernt. Wer das Erbe unserer Ahnen seinen Kindern vorerhält, übt Verrat am Volkstum und setzt sich auch der Verachtung durch die Volksgegner aus. Außerdem schädigt er sein Kind geistig und seelisch — es bleibt in der andersnationalen Schule zurück — und damit vielfach auch wirtschaftlich.

Deutsche Eltern, schick eure Kinder in die deutschen Schulen!

Die Lodzer Volksschulkinder. Auf Grund der bereits zu Ende geführten Berechnungen waren im vergangenen Schuljahr in unserer Stadt 31.004 Kinder im Alter von 3, 10 und 11 Jahren, die gegenwärtig dem Zwangsunterricht unterliegen, vorhanden. Unter dieser Zahl befinden sich 15.482 Jungen und 15.522 Mädchen: Katholiken 15.731, Juden 11.510, Evangelische 3.506, andere Bekennisse 257. Von dieser Zahl lernten in den allgemeinen Schulen 12.864 Kinder, in privaten Elementarschulen 2.719, in Cheders 2.156 in Heimen 892, zu Hause 975. Die Zahl der Kinder der obigen drei Jahrgänge, die die Schule überhaupt nicht besuchten, war 10.493: 6.237 Katholiken, 3.393 Juden, 823 Evangelische und 40 anderer Bekennnisse.

Das Gebäu de des Deutschen Reform-Gymnasiums ist von den Spitalbehörden geräumt und wieder seinem ursprünglichen Zweck überlassen worden. Sämtliche Räumlichkeiten wurden einer gründlichen Säuberung und Desinfektion unterworfen, so daß die Bildungsstätte wieder das Aussehen von früher erhalten hat.

Das Gebäu de des Deutschen Reform-Gymnasiums ist von den Spitalbehörden geräumt und wieder seinem ursprünglichen Zweck überlassen worden. Sämtliche Räumlichkeiten wurden einer gründlichen Säuberung und Desinfektion unterworfen, so daß die Bildungsstätte wieder das Aussehen von früher erhalten hat. Die Aufnahmeprüfungen im Deutschen Knaben-Gymnasium und im Deutschen Mädchen-Gymnasium beginnen Dienstag, den 9. September, die Nachprüfungen Donnerstag, den 11. September; Der Unterricht beginnt am 15. September. Anmeldungen werden bereits jetzt entgegengenommen.

Ein großes Gartenfest findet am Sonntag im großen Häuslerschen Garten in Zubardz zugunsten der Zubardzer Kinderbewahranstalt statt.

Der wohlträgige Zweck der Veranstaltung und deren großartiges Programm werden sicher nicht verfehlten, am Sonntag Tausende von Lodzer Einwohnern in den Gärten zu locken. Am Feste wirken mit: die Zubardzer Kinderbewahranstalt, der Turnverein "Fichte". Aus der Folge:

Musik, Begrüßungsgesang, Neigen, Gedicht, Reigen, Zweigespräch, Lied, Dankes, Fahnen, Schwingen der Jugendabteilung, Stabilisierung der Zöglinge, Neigen und Rückturnen der aktiven Turner, Alrobatenvorführungen, Pyramiden bei bengalischer Beleuchtung, Ferner sind vorgesehen: Aufzug zweier Freiballons, Blumenverkauf, Strandlotterie, Zirkus, Kinderfest und humoristische Kinderstücke. Der Eintritt wird für Erwachsene 2 Mark, für Kinder und Militärs 1 Mark betragen. Jeder 100. Gast hat freien Eintritt und wird im Festwagen nach dem Festplatz gefahren. Der Garten wird feuerhaft beleuchtet sein.

Im Falle ungünstiger Wetters findet das Fest am darauffolgenden Montag statt.

Zum Gartenfest des Kirchengesangvereins der St. Trinitatiskirche. In unserem gestrigen Bericht über das wohlgelungene Fest ist durch Ausfall einer Zeile ein Irrtum unterlaufen. Es soll heißen: "Nicht minder gefallen haben die beiden vom Gesangverein der St. Johannisgemeinde unter Leitung des Herrn Strauch vorgetragenen Lieder "Die Treue" und "Waldkönig."

Rückwanderungszug nach Südrussland. Das Russische Komitee gibt bekannt, daß aus Lodz demnächst ein Rückwanderzug nach Südrussland über Warthau und Rumänien abgehen wird. Anmeldungen von Familien und Kindern, russischen Untertanen, die nach Südrussland reisen wollen, können sich im Russischen Komitee, Zielaustraße 40 zwischen 11 und 1 Uhr melden.

Registrierung der Invaliden. Auf Anordnung des Ministeriums für Arbeitersfürsorge werden im staatlichen Arbeitsvermittlungsaamt, Petrikauer Straße 150, alle diejenigen Civilpersonen eingeschrieben, die in dem Kriege oder bei der Arbeit Verleidungen davongetragen haben, die sie arbeitsfähig machen. Zu melden haben sich auch die Witwen von Personen, die bei obiger Gelegenheit ums Leben gekommen sind. Militärinvaliden sind von der Registrierung ausgeschlossen. Die Eintragung beweist die Schaffung von Unterlagen zur Unterstützung der bedürftigen Ju-

gendlichen. Bei der Anmeldung sind Papiere mitzubringen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung führte der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Kern den Vorsitz. Nachdem die Berichte der Regierung verlesen worden, wurde ein Dringlichkeitsantrag der Polnischen Sozialistischen Partei eingereicht, der dahin geht, daß die Stadtverordnetenversammlung an die Bevölkerung einen Aufruf erlässt, der auf die traurigen Ereignisse auf dem Neuen Ring am verlorenen Montage hinweise und die augenblickliche Sachlage darlege. Der Antrag wurde angenommen. Danach entwickelte sich eine rege Diskussion. Die linken Parteien versuchten die Schuld an dem traurigen Zustand, in welchem sich Lodz befindet, den bürgerlichen Parteien oder der kapitalistischen Staatsordnung aufzubürden. Die bürgerlichen Parteien rechtfertigen sich damit, daß den leitenden Persönlichkeiten vielfach Parteiinteressen näher stehen als das Wohl der Republik. Auch die schädliche Tätigkeit der kommunistischen Agitation wurde kräftig hervorgehoben. Zur Ausarbeitung des einstimmig angenommenen Aufrufs wurde eine Kommission aus 9 Mitgliedern gewählt. Die Kommission tritt heute, Mittwoch, zu einer Sitzung zusammen.

Bei großer Bedeutung ist die Erklärung des Vizepräsidenten Wojciechowski, daß der Magistrat niemand seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung wegen von irgend einem Amt ausschließe. Bei der Vergebung der Stellen wird vollständig gerecht vorgegangen.

Zum Schluß der Sitzung beriet der Stadtrat über einen Antrag des Magistrats, demzufolge die Stadt Lodz ermächtigt werden soll, sich als Aktionär an der neu zu gründenden Kommunalbank zu beteiligen. Nach den Ausführungen des Vizepräsidenten Tateron wurde die Bank durch Gewährung von Krediten zur Durchführung verschiedener städtischer Einrichtungen verhelfen. Das Grundkapital der Bank ist auf 1.000.000 Mark vorgesehen (1000 Aktien zu 1000 Mark). Der Antrag des Magistrats wurde angenommen und die Höhe des Anteilkapitals der Stadt Lodz auf 100.000 Mark festgesetzt.

Mehr Arbeit! Unter dieser Überschrift "Mehr Arbeit" bringt der "Kurier Poznań" einen Artikel des Abgeordneten Nowicki, worin es u. a. heißt:

In letzter Zeit wurde in der Presse und in öffentlichen Volksversammlungen die Frage der achtstündigen Arbeitszeit, die durch Beschluß des Reichstags eingeführt worden ist, eifrig besprochen. Aus verschiedenen gewerblichen Kreisen wird die Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit mit der Begründung gefordert, daß dies im wirtschaftlichen und allgemeinen Interesse des Landes liegt und man nur durch Ausnutzung der Zeit der Auslandskonkurrenz begegnen könne. Ob nun acht- oder zehnstündige Arbeitstage in Zukunft für die Produktion des Reiches vorteilhafter sein werde, soll hier augenblicklich nicht erörtert werden. Es kommt auf die Übergangszeit an, mit der man zu rechnen habe. Die Anhänger der zehnstündigen Arbeitszeit scheinen die gegenwärtige Lage zu verkennen, nämlich die durchbare Arbeitslosigkeit in Polen, die man aus Mangel an Maschinen, Rohstoffen und Kohlen nicht so schnell befreiten können. Am schlimmsten steht die Zuckerindustrie, die in normalen Zeiten über 100.000 Arbeiter beschäftigte, und jetzt infolge Kohlemangels nicht in Betrieb gesetzt werden kann. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit war dictiert durch die Sorge um das Los der Arbeiter, damit man bei der minimalen Produktion des Landes so viel als möglich beschäftigen könnte. Tausende von Arbeitslosen, unterhalten auf Staats-, Stadt- und Gemeinkosten, das verschlingt enorme Summen, und was noch schlimmer sei, es trägt

zur Bürgellosigkeit der Sitten und Erlösung der physischen Kraft des Arbeiters bei. Die Einführung und Forderung einer längeren Arbeitszeit wäre mit Rücksicht auf die Allgemeinwirtschaft schädlich und ließ sich mit den wirtschaftlichen Grundzügen nicht vereinbaren.

Die Einführung des achtstündigen Arbeitszeitages sei übrigens nicht das Ergebnis des gegenwärtigen Augenblicks, oder ein Beweis der Faulheit des Arbeiters, denn schon vor dem Kriege erstritten die Arbeiterorganisationen aus Gesundheitsgründen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Es habe sich auch herausgestellt, daß in verschiedenen Betrieben und Fabriken die Arbeitsleistung bei verkürzter Arbeitszeit eine größere und produktivere, und mit weniger Unfallsfällen verbunden war, als bei der früheren längeren Arbeitszeit. Es könne daher keine Rede sein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit irgendwelchen Einfluß auf eine vereingerte Produktion des Landes ausgeübe. Die gegenwärtige Forderung einer Verlängerung der Arbeitszeit sei durch nichts begründet und rufe unter den Arbeitern Erbitterung und Verwirrung hervor, die in solchen Stimmen eine Reaktion erblicken. Die augenblickliche Unrechtmäßigkeit der Felder, Werkstätten und Fabriken beruht nicht auf der achtstündigen Arbeitszeit, sondern auf etwas ganz anderem, was viele leider nicht einsehen können. Einiges mehr Genauigkeit in der Beweisführung wäre hier am Platze.

Eintragung von Arbeitslosen. Alle arbeitslosen Mitglieder des Textilarbeiterverbandes werden aufgefordert, sich vom Donnerstag ab im Verbandsbüro zur Registrierung zu melden. Wichtiger ist die diesbezügliche Anzeige ausserdem.

Höchstpreise! Beim Lodzer Kriegswucheramt wurde eine Handels- und Industrieabteilung eröffnet, die zusammen mit der Preiscontrollkommission Höchstpreise für Gegenstände des täglichen Gebrauchs festsetzen wird. Außerdem wird ihre Aufgabe sein, die Ein- und Ausfuhr von Waren zu überwachen. Das Büro dieser Abteilung befindet sich in der Pustastrasse 13, erster Stock. Am Freitag fand ihre erste Versammlung statt. Es wurde beschlossen, noch zwölf Unterkommissionen zu gründen und zwar für Lebensmittel und Kolonialwaren, technische Artikel, Textilprodukte, Metallwaren, Heiz- und Beleuchtungsmaterial, Apotheken und Drogerienhandlungen, Papier- und Druckereiwerken, Fleisch, Fische, Konditoreien und Bäckereien sowie für Restaurants. Die Kommissionen werden in jeder Woche wenigstens einmal zusammenkommen. Die von der Kommission bestimmten Preise werden auf besonderen Preislisten bekannt gegeben werden. Personen, die diesen Preislisten zuwiderhandeln, werden sich zu verantworten haben. Sämtliche Verbände und Institutionen, die in den genannten Unterkomitees vertreten haben wollen, müssen sich an folgende Personen wenden: In der Lebensmittelbranche an P. Wisniewski, Andrzeja 34; technische Artikel Horodynski, Kilinski 60; Textilprodukte A. Fuchs, Średnia 17 und Neugebauer, Wulczańska 135; für Metallerzeugnisse — Brennmaterial Horodynski, Kilinski 60; Fleisch Błodarzki, Kilinski 107; Konditoreien Saniawski, Ecke Petrikauer und Rawot; für Bäckereien bei Trenner, Zieglerstr. 67; Restaurants Petrykowksi, Zachodnia 45; die Branchen: Leder, Apotheken, Papier, Fische haben bisher keine Vertreter. Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 5. September, statt.

Kartoffeln aus Posen. Heute reist Herr Woleński nach Posen. Er soll dort für Lodz die für den ganzen Winter nötigen Kartoffeln ankaufen. Die ersten Sendungen sollen schon am 15. September in Lodz eintreffen. Wie bekannt ist, wird Posen über große Mengen überzähliger Kartoffeln verfügen. Sofern die Bahn nicht versagt, wird nicht nur Lodz, sondern auch ganz

Für die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Für die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpreußischen Monaten wird eine Dasselbe koste, mehr als bindung damit ihre Bezugspunkte erhöhung mit den zu bringen. Gegebenenfalls, daß den Leuten mögliche.

Einkaufszentrale am 24. und 25. September in Warschau bilden. Der Verteiler der Organisationen ist in den Karten dargestellt. Die Befreiung der Siedlungen der Westpre

Kongresspolen hinreichend mit Kartoffeln versorgt werden können.

Das staatliche Kohlenamt gibt bekannt, daß sogenannter Petroleumkoks nur mit Erlaubnis des staatlichen Kohlenamts eingeführt werden darf. Sämtliche ungenehmigten Kohlentransporte werden requiriert werden. Infolge des Streiks im Dombrowsker Kohlenbecken hat das staatliche Kohlenamt 120.000 Tonnen Kohle weniger als sonst erhalten. Aus diesem Grunde wird im Monat September die Menge der an die Bevölkerung verabfolgten Kohlen kleiner sein. Um zu verhindern, daß das Elektrizitätswerk und die Gasanstalt ihre Tätigkeit wegen Kohlemangels einstellen, hat das Kohlenamt besondere Kohlentransporte organisiert, die in den ersten Tagen des Septembers in Lodz eintreffen werden.

Wochenblatt der Stadtverwaltung. Am 1. Oktober wird in Lodz ein "Wochenblatt der Stadtverwaltung" zu erscheinen beginnen. Die erste Nummer wird enthalten: Berichte der Stadtverordnetensammlung und des Magistrats, Angaben über die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlungen im ehem. Kongresspolen und Dienstangelegenheiten.

Neue Tageszeitung. Am 1. November soll in Lodz eine Zeitung des Nationalen Arbeiterverbands zu erscheinen beginnen. Eine besondere Kommission der Lodzer Ortsgruppe dieses Verbundes (Bildungsaußenstelle) sammelt die nötigen Gelder, die ziemlich schnell einschießen. Es wurde bereits über 10.000 M. gesammelt.

Erhöhung der Zeitungsbezugspreise in Westpreußen. Folgende Erklärung geben die westpreußischen Zeitungen: "In den letzten Monaten hat das Zeitungsdruktpapier wiederholte Preisseiterungen erfahren.

Dasselbe kostet heute, gegenüber dem Friedensjahr, mehr als das Fünffache. In Verbindung damit trat eine weitere Versteuerung der allgemeinen Betriebspesen ein. Unter diesen Umständen sehen sich die Zeitungsverlage genötigt, ihre Bezugspreise durch eine angemessene Erhöhung mit der schweren Belastung in Einklang zu bringen. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese umgangängliche Maßnahme bei den Lesern verständnisvolle Würdigung finden möge."

Für Oberschlesien. Vorgestern fand unter dem Vorsitz des Kommissars Chwalbinski eine Sitzung der Mitglieder des Komitees für Oberschlesien statt. Es waren gegen 30 Vertreter verschiedener Institutionen und Korporationen erschienen. Der Vorsitzende verlas den Tätigkeitsbericht des Komitees und erklärte, daß dasselbe gegenwärtig 900 Erwachsene und 300 Kinder — Flüchtlinge aus Oberschlesien — unterbringen könne. Nach einer Aussprache wurde beschlossen, die weitere Tätigkeit in der Wohnungssuche einzustellen und vor allen Dingen Geldspenden zu ammeln. So soll in nächster Zeit in Hohenhof ein Gartenseit mit Spendensammlung stattfinden.

Stadtverordneter Jaroslawski (N. Z. R.) beibt sich mit Freimülligen nach Oberschlesien, um sie in den Kampf zu führen.

Einkaufsgesellschaft polnischer Städte. Am 24. und 25. August fand, wie der "Kurier Warsz." berichtet, in Warschau eine Tagung von Vertretern polnischer Städte zum Zweck der Organisation des gemeinsamen Einkaufs der wichtigsten Bedarfsgüter statt. Anwesend waren Vertreter aus Warschau, Petrikau, Fabianice, Dałowa, Wilna, Tomaszow, Sieble, Lomie, Tarnopol, Lodz, Bedzin, Radom, Bialystok und Lublin. Das Grundkapital der neuen Einkaufsgesellschaft beträgt 5 M. M.; es werden 1.000 Anteilscheine zu je 5.000 Mark ausgegeben. Die Inhaber der Anteilscheine verpflichten sich, der Gesellschaft das Betriebskapital durch Darlehen zum zehnfachen Wert der in ihren Händen befindlichen Anteile aufzubringen. Diese Darlehen sollen mit sechs von Hundert verzinst werden.

Die Durchführung der Einkäufe wird die Gesellschaft eigene Büros bestehen, und zwar vorläufig in Polen, in Frankreich, in der Schweiz, in Holland, in Skandinavien und in den Vereinigten Staaten. Die Waren sollen zu genau berechneten Preisen mit Berechnung einer geringfügigen Vermittlungsgabe abgegeben werden. Sollte sich in Überschuss ergeben, so haben die Mitglieder der Gesellschaft über seine Verwendung zu beschließen. In der Aussprache wurde der hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß ein Schutz der Städte als Verbraucher gegenüber den durch die seelige Zusammensetzung des Landtags niedrigeren Produzenten, der Landbevölkerung wichtig sei. Ohne einen solchen Schutz wären Massnahmen zu befürchten, die nur im Interesse der Landwirte liegen und für die Städte Teuerung und Hungersnot zur Folge haben könnten. Dieser Schutz der Stadtbevölkerung sei der Zweck der neuen Gesellschaft. Namens der Regierung sprach der Ministerialrat Julian Nowicki, der den Städten die Unterstützung des Ministeriums für Handel und Gewerbe zusagte.

Die von der Versammlung angenommenen Satzungen sollen in der nächsten Zeit den Vertretungen aller Städte mit mehr als 25.000 Einwohnern zugesandt werden. Im September soll eine zweite Vertretertagung stattfinden, die Beitragsmeldungen der einzelnen Städte entgegennehmen und den Vorstand der Gesellschaft wählen wird.

Beamteneidigung. Das Bezirksgericht urteilte den 52jährigen Walenty Stolarzki und den 28jährigen A. Kazimierzak wegen Beleidigung eines Gerichtsvollziehers zu 4 Monaten Gefängnis.

Auf Grund des Amnestielasses wurde ihnen die Hälfte der Strafe erlassen.

Zur Verteilung der amerikanischen Kleider. In der am 1. September stattgefundenen Sitzung des Komitees zur Verteilung der amerikanischen Kleider wurde beschlossen, die Rückführung stattfinden zu lassen vom 10. bis zum 20. September durch die Berufssverbände und Vereine, vom 22. September bis zum 4. Oktober durch die Armenbezirke der Armendeputation des Magistrats. Die Empfangnahme der Kleidungsstücke durch die verschiedenen Gruppen beginnt am 5. und endet am 15. September. Vom 5. September ab werden bei der Verabfolgung von Kleidungsstücken aus den Magazinen der Verpflegungsdeputation 2 Mitglieder des Verteilungskomitees Dienst tun. Die Verabfolgung an die einzelnen Gruppen findet täglich von 8—12 Uhr und von 1—5 Uhr nachmittags statt. 17 statt.

Heim für Unheilbare. Die Armendeputation errichtet ein besonderes Heim, um die aus Spitäler entlassenen unheilbaren Kranken unterzubringen.

Raubüberfall in der Umgegend. Im Dorfe Komiau, Kreis Lodz, wurde vorgestern, nachts 3 Uhr, der Landwirt J. Wolnik in seiner Wohnung von 6 mit Revolvern bewaffneten Banditen überfallen, die verschwendete Sachen im Werte von 1.760 Mark mitnahmen.

Kleine Nachrichten. Vorgestern wurde in der Petrikauer Straße 96 der in Fabianice wohnhaften Abram Bajyn wegen unerlaubten Geldhandels festgenommen und daß bei ihm vorgefundene Geld beschlagnahmt. — Vorgestern wurde in der Sienkiewicza 4 aus dem Lager von Wilhelm Herbst Leder gestohlen.

Theater und Konzerte.

Balalaika-Abschiedskonzert. Aus Anlaß der Auflösung des Lodzer Balalaika-Orchesters und der Abreise seines Direktors, des Herrn Eugen Turner, nach Russland, findet am Freitag, den 12. September, um 8 Uhr abends, im Weißen Saale des Hotels "Manteuffel" ein Abschiedskonzert statt. Am Konzert nehmen teil: Großer Russischer Balalaika-Orchester, Eugen Turner (Balalaika-Solo), Fr. R. Fein (Gesang), Prof. A. Turner (Klavier), Rob. Bräntigam (Gesang), Balalaika Quintett.

Die Beliebtheit, derer sich das Orchester und sein Dirigent in Lodz erfreute, läßt mit Sicherheit voraussagen, daß der Weiße Saal des Hotels "Manteuffel" am abends des Konzerts bis auf den letzten Platz gefüllt sein wird, zumal der Gast eine gewählte Vorlagsfolge wartet.

Strauß und die Ritter. Der Vorsitzende verläßt den Saal mit Freimülligen nach Oberschlesien, um sie in den Kampf zu führen.

Einkaufsgesellschaft polnischer Städte.

Am 24. und 25. August fand, wie der "Kurier Warsz." berichtet, in Warschau eine Tagung von Vertretern polnischer Städte zum Zweck der Organisation des gemeinsamen Einkaufs der wichtigsten Bedarfsgüter statt. Anwesend waren Vertreter aus Warschau, Petrikau, Fabianice, Dałowa, Wilna, Tomaszow, Sieble, Lomie, Tarnopol, Lodz, Bedzin, Radom, Bialystok und Lublin. Das Grundkapital der neuen Einkaufsgesellschaft beträgt 5 M. M.; es werden 1.000 Anteilscheine zu je 5.000 Mark ausgegeben. Die Inhaber der Anteilscheine verpflichten sich, der Gesellschaft das Betriebskapital durch Darlehen zum zehnfachen Wert der in ihren Händen befindlichen Anteile aufzubringen. Diese Darlehen sollen mit sechs von Hundert verzinst werden.

Der geachteste hiedere Landwirt aus Wionschin wird vom Unglück förmlich heimgesucht. Im Kriege verlor er einen Sohn; der zweite starb zu Hause im Alter von 25 Jahren. Im vorigen Herbst brannte seine Scheune mit der ganzen Ernte infolge der Brandstiftung eines losen Baben ab; seine beiden jüngsten Söhne wurden zum Militärdienst einberufen, den alten 73-jährigen Vater alleinlassend; und jetzt, nachdem mit vieler Mühe und großen Kosten der Schaden wiederhergestellt ist, trifft ihn dieser Schlag.

Es ist ein Rätsel, dies Unglück! Warum, so fragt der Mensch und findet auf dieses Warum keine befriedigende Antwort. Der Mensch hat dieses Rätsel schon vor Jahrtausenden lösen wollen. Bereits der 73. Psalm, das Buch Job befasst sich mit dieser Frage. Es bleibet als alleinige Antwort nur der Glaube: Denen, die Gott lieben, müssen alle Dinge zum Besten dienen! Auch die Träume gehören zum Weltregiment Gottes; der Mensch muß durch Träume in das Reich Gottes eingehen; durch Träume soll sein Glaube bewahrt, sein Charakter gestählt werden. Der Mensch soll, trotz der Träume, dennoch bei Gott bleiben, dennoch siegen, nicht unterliegen.

Träume. Der Turnverein hielt am Sonnabend im Lokale des Herrn W. Schmidt seine übliche Monatsitzung ab. Um 8 Uhr abends begrüßte der 1. Vorstand, Herr R. Scherch, die Anwesenden, worauf 21 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen wurden. Nachdem der Kassenbericht und das Protokoll verlesen waren, erstattete der 1. Turnwart, Herr R. Michalski, seine übliche Monatsitzung ab. Um 8 Uhr abends begrüßte der 1. Vorstand, Herr R. Scherch, die Anwesenden, worauf 21 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen wurden. Nachdem der Kassenbericht und das Protokoll verlesen waren, erstattete der 1. Turnwart, Herr R. Michalski,

Bericht über das diesjährige Wettkampf, an welchem 16 Turner teilnahmen, wovon 9 als Sieger hervorgingen, darunter vom volkstümlichen Wettkampf in Radogosz der 1. Sieger. Er beglückwünschte die aktiven Turner zu ihrem Erfolg und forderte sie auf, die Turnstunden weiterhin regelmäßig zu besuchen. Um den Turnbetrieb noch mehr zu regeln, wird eine Vorturnerschaft eingeführt, zu ihrer Ausbildung werden monatlich zwei Vorturnerstunden abgehalten werden. Nach Besprechung minder wichtiger Angelegenheiten wurde beschlossen, beim Schauturnfest in Krakow zur Unterstützung der oberschlesischen Opfer eine Sammlung zu veranstalten. Um 11 Uhr wurde die Sitzung mit "Gut Heil!" geschlossen.

Alexandrow. Ablässtest. Am 8. September findet hier ein Ablässtest statt.

Der Unterricht in der evangelischen Volksschule. Am Montag nach einem Gottesdienst aufgenommen worden. Angemeldet haben sich 113 Knaben und 139 Mädchen, zusammen 252 Kinder. Die Unterrichtssprache in den beiden Oberstufen ist die polnische.

Pabianice. Kundgebung der Arbeitslosen. Vorgestern fanden hier Demonstrationen statt. Die Arbeitslosen belagerten im Magistrat den Abgeordneten Tomczak (N. Z. R.) und forderten die Weiterzahlung der Unterstützungen. Nach der Verständigung mit Lodz wurde beschlossen, eine aus Lodzer und Pabianicer Arbeitslosen bestehende Abordnung nach Warschau zu entsenden.

Ozorów. Am Montag begann in den städtischen Schulen die Aufnahme von Schulkinderen für das begonnene Schuljahr. In der ehemaligen deutschen Schule meldeten sich mehrere Kinder aus den benachbarten Dörfern; sie wurden aber zurückgewiesen, da sie nicht in der Stadt wohnen. Als deren Eltern darauf hinwiesen, daß sie ihre Kinder in erwähnter Schule doch seit deren Beginn, d. h. seit mehreren Jahren unterrichtet unterrichten, in dieser Hinsicht stets eine Schuleinheit bildeten und auch diese Schüler im vergangenen Schuljahr diese Schule besucht haben, half doch alles nichts — die Kinder wurden trotz allem Flehen nicht aufgenommen und können somit keinen Unterricht mehr genießen. Es ist traurig, daß diesen Eltern jedoch nicht schon eher eine diesbezügliche Mitteilung gemacht wurde, sie hätten dann eher etwas dagegen tun können. Nun sind sie von der Schule abgesetzt.

Wahrscheinlich wird an dieser Schule anstelle des entlassenen Lehrers Eduard Wittenberg auch noch ein polnischer Lehrer angestellt werden, dann sind die Kinder auch noch der Gefahr ausgesetzt, auf den elementaren Religionsunterricht verzichten zu müssen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die Entlassung des Lehrers Wittenberg nicht aus nationalen Gründen, sondern durch eigenes Verschulden erfolgt ist. Herr Wittenberg soll gegenwärtig im Braunschweiger Gymnasium in Lodz angestellt worden sein.

Unruhen. Die Verpflegung der Stadt läßt so viel zu wünschen übrig. Der Bäcker, den die Bevölkerung im August bekommen sollte, ist bis heute noch nicht zu sehen. In den Bäckereien wird er jedoch mit 8 M. pro Pfund gekauft. Mehl ist seit vielen Wochen eine Seltenheit, auch Salz ist nicht zu haben. Von anderen Waren wollen wir überhaupt nicht erwähnen. Fast täglich wird vor dem Magistrat Standort gemacht — man verlangt Brot und Arbeit. Gestern versammelten sich viele Frauen vor dem Magistrat, drangen in die Räume der Verpflegungsabteilung ein und verurteilten, daß die Beamten flüchten. Der Magistratschöffe, A. Mieszal, wurde von der Menge unter Johlern und Peitschen auf die Straße geführt. Aehnlich erging es auch den Beamten, die früher mit der Auszahlung der Unterstützungs gelder beschäftigt gewesen waren. Die Polizei griff nirgends ein, so daß es zu weiteren Ruhmierungen nicht kam.

Aus dem Reiche.

Warschau. Zwei Morde — die Mörder sind Soldaten. Am 30. August wurde in der Furmanstraße ein Mord verübt. Der Bombardier des 10. Feldartillerieregiments Józef Przybylowicz kam, dem "Kurier Warsz." zufolge, abends zum Ladeninhaber Perl, um Zigaretten zu kaufen; darauf trat er mit den beiden Geschleuten in das an den Laden angrenzende Zimmer und forderte, daß die Beamten flüchten. Der Magistratschöffe, A. Mieszal, wurde von der Menge unter Johlern und Peitschen auf die Straße geführt. Aehnlich erging es auch den Beamten, die früher mit der Auszahlung der Unterstützungs gelder beschäftigt gewesen waren. Die Polizei griff nirgends ein, so daß es zu weiteren Ruhmierungen nicht kam.

Die Dauer der Friedenskonferenz.

Miechow. Raub. In Wilczevici, Kreis Miechow, überfielen 5 Banditen das Gut von Zdanowski und raubten mehrere tausend Kronen sowie verschiedene Sachen. Darauf begaben sie sich zu einem reichen Landwirt des selben Dorfes, wo sie ebenfalls ziemlich viel Geld raubten.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Generalstabsericht vom 2. September 1919.

Litauisch-weißrussische Front: Im nördlichen Abschnitt traten wir mit dem Feinde in Verbindung und vertrieben ihn aus einer Reihe von Ortschaften. An einigen Punkten erreichten wir die Düna. Großpolnische Abteilungen haben durch kühnen nächtlichen Überfall auf das östliche Ufer der Bobrujsk größere feindliche Abteilungen vernichtet. Es wurden dabei 500 Gefangene gemacht, 5 Geschütze mit Munition und 5 Maschinengewehre erbeutet. Die Verluste des Feindes an Toten und Verwundeten sind ganz bedeutend.

Wolynische Front: Unverändert.

Galizische Front: Am 1. September wurde zwischen der Obersten Leitung der polnischen Truppen und Vertretern des Oberkommandos der ukrainischen Truppen ein Waffenstillstandsertrag unterzeichnet.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes Waller, Oberst.

Zu den Ereignissen in Oberschlesien.

Mauen. 2. September. (P. A. L.) Laut "Petit Journal" müssen die Deutschen für die Heimsendung der deutschen Gefangenen unverzüglich ihre Truppen aus Oberschlesien zurückziehen.

Sosnowice. 2. September. (P. A. L.) Kampfbericht der Aufständischen in Oberschlesien Katowitz, den 2. September. Am 31. August um 10 Uhr abends segten wir nördlich von Tarnowice eine Eisenbahnbrücke in die Luft. Die telegraphische und telefonische Verbindung ist zerstört. Die Tarnowicer Hohen sind vor der übriggebliebenen Gegend abgeschnitten. In der Nacht zum 31. August wurde vom Grenzschutz die Brücke auf der Przemyska bei Sosnowice gesprengt. Am 1. September um 1 Uhr nachts unternahm eine Kompanie des Grenzschutzes mit 2 Maschinengewehren und einem Panzerwagen einen Angriff auf Pietrowice (Teichener Schleife). Die Maschinengewehre waren auf der Skroderowka-Höhe aufgestellt und von dort wurde das ganze Dorf beschossen. Der Kampf dauerte 3 Stunden. Der Grenzschutz zog sich zurück. Der Führer der Kompanie, Leutnant Manner, ist schwer verwundet. Von unserer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen.

Zum Streik in dem Ostrau-Karwiner Grubenbezirk.

Tschchen. 2. September. (P. A. L.) Das tschechische Pr.-B. meldet unterm 30. August aus Mährisch-Ostrau, daß das Bergwerksdirektoriat in Mährisch-Ostrau die Nachricht bringt, den Streik in dem Ostrau-Karwiner Grubenbezirk hätten die Aufsichtsherrn hervorgerufen, die den Bergleuten nicht erlaubt, in den Schacht zu ziehen. Die Bergleute verlangen, daß die Aufsichtsherrn dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Hoover und die Lebensmittelversorgung Europas.

St. Germain. 1. September. (P. A. L.) Aus Paris wird gemeldet, daß sich Hoover auf die Bitte des Obersten Rates bereit erklärt habe, Europa für den Winter mit Lebensmitteln und Kohlen zu versorgen. Er wird den Titel eines Generalkommissars zur Versorgung Europas mit Lebensmittel tragen.

Eine verbündete Abordnung für Flensburg.

Berlin. 2. September. (P. A. L.) Der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten erhielt von Clemenceau eine Note, in welcher die Entscheidung einer verbündeten Abordnung nach Flensburg angekündigt wird. Die deutsche Regierung erhob gegen Ersatz, da ein solches Vorgehen den Bestimmungen des Friedensvertrages widerspreche.

Für die Rückkehr des Kaisers.

Köln. 2. September. Die "Königliche Volkszeitung" berichtet, daß die deutsche Bischöfskonferenz in Fulda vom Papst eine Vermittlung für die Rückkehr des deutschen Kaisers erbettet habe.

Die französischen Arbeiteransprüche an Deutschland.

Berlin. 1. September. (P. A. L.) Papas verbreitete eine Auskunft über die Frage der deutschen Arbeiteransprüche für das Aufbaugebiet. Danach sollen 600.000 bis 700.000 Arbeiter von Deutschland angefordert werden, die sich auf mindestens sechs Monate verpflichten müssen. Die Verhandlungen müssen bis Oktober durchgeführt sein.

Die Dauer der Friedenskonferenz.

Wien. 2. September. (P. A. L.) Kor.-Büro meldet aus St. Germain: "Journal" berichtet, daß die Friedenskonferenz den ganzen Herbst, möglicherweise auch den ganzen Winter hindurch tagen wird. Man ist der Meinung, daß das Friedenswerk im Frühjahr, gleichzeitig

